

„Schreckensvisionen wie bei Orwell“

Interview S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein mit
Carmen Gasser und Philipp Gut, Weltwoche

11. Februar 2010

Durchlaucht, was halten Sie von der Absicht der deutschen Regierung, gestohlene Kontodaten einer Schweizer Bank zu kaufen?

Dafür habe ich kein Verständnis, selbst wenn vielleicht eine Mehrheit der Deutschen anders denkt. Als verantwortungsvoller Politiker hat man die Verpflichtung, Grundprinzipien des Rechtsstaates auch dann zu verteidigen, wenn dies unpopulär ist. Ist man dazu nicht mehr bereit, ist die Gefahr gross, dass unpopuläre Minderheiten den Schutz des Rechtsstaates verlieren und verfolgt werden.

Auch in der fürstlichen Bank LGT wurden Daten geklaut und an Deutschland verkauft. Welches Vorgehen empfehlen Sie aufgrund Ihrer Erfahrungen?

Ich glaube, letzten Endes kommen wir nicht darum herum, das Bankgeheimnis in Steuerfragen weiter einzuschränken. Das heisst nicht unbedingt, dass es zu einem automatischen Datenaustausch kommen muss – aus dem einfachen Grund, weil diese Staaten nicht in der Lage wären, den gesamten Informationsfluss zu bearbeiten. Auch eine Abgeltungssteuer, wie das jetzt diskutiert wird, dürfte wahrscheinlich kaum zu halten sein.

Was spricht dagegen?

Der wirtschaftliche Druck des Auslandes ist zu gross. Ausserdem ist eine Abgeltungssteuer nur interessant, wenn sie mit einer Entkriminalisierung von nicht deklariertem Vermögen verbunden ist.

Was bieten Sie denn an?

Wir bieten Hand zu einem Informationsaustausch. Aber nur, wenn ein begründeter Verdacht vorliegt.

Liechtenstein wird derzeit als Vorzeigemodell angesehen, das seine Lehren aus der Steueraffäre gezogen hat. Was machen Sie besser als die Schweiz?

Wir wurden immer wieder als Steueroase angegriffen. Der letzte Angriff traf uns nicht ganz unvorbereitet. Man konnte sich in Liechtenstein in den entscheidenden Instanzen relativ schnell auf eine alternative Strategie einigen. Uns war klar, dass wir wohl oder übel die Steuerrichtlinien der OECD übernehmen müssen und dass Alternativmodelle wie zum Beispiel eine Abgeltungssteuer chancenlos sind. Ich glaube, es geht heute nur noch darum, erstens akzeptable Übergangslösungen für Steuerflüchtlinge zu finden, damit diese Gelder nicht in irgendwelche aussereuropäischen Steueroasen abfliessen, und zweitens den automatischen Informationsaustausch abzuwenden. Dieser schafft den gläsernen Bürger, wie ihn der Schriftsteller George Orwell in seinen Romanen mit Schreckensvisionen totalitärer Systeme dargelegt hat. Wie will man ausserdem verhindern, dass beim automatischen Informationsaustausch die Mafia Zugang zu den Daten hat? Der Personenkreis, der Zugang zu diesen Daten hat, wäre nicht mehr kontrollierbar.

Was wird mit dem alten, un versteuerten Geld passieren?

Für das alte Geld braucht es attraktive Regelungen, um es zu legalisieren ähnlich denen wie wir sie mit England ausgehandelt haben. Wenn es hier keine sinnvollen Regelungen gibt, wandert dieses Geld aus Europa ab. Es würde in Steueroasen fließen, auf die die OECD oder die EU weniger wirtschaftlichen Druck ausüben können. Denken Sie nur an Kleinstaaten im arabischen Raum, die von Europa in keiner Weise abhängig sind. Wir, im Gegenteil, sind abhängig von denen. Es liegt im Interesse der OECD, vernünftige Übergangsbestimmungen auszuarbeiten.

Welche Reputationsschäden erlitt Liechtenstein aufgrund des Datendiebstahls?

In einer Gesellschaft, die sich an den Grundprinzipien des Rechtsstaates orientiert, erleidet der Dieb einen Reputationsschaden sowie jener, der wissentlich Diebesgut kauft und damit den Tatbestand der Hehlerei erfüllt. Der Fall zeigt, dass führende Politiker in den sogenannten demokratischen Rechtsstaaten bereit sind, Grundprinzipien des Rechtsstaates über Bord zu werfen. Sie treiben von ihren Steuerzahlern zusätzliche Millionenbeträge ein, in der Hoffnung, die Milliardendefizite zu finanzieren, die sie durch ihre Politik verursacht haben.

Haben Sie in Sachen Datensicherheit Konsequenzen gezogen?

Ja, aber es gibt natürlich keine hundertprozentige Sicherheit. Wenn ein Staat wie Deutschland bereit ist, einem Dieb Millionenbeträge zu bezahlen, und diesen ausserdem mit einer neuen Identität versorgt, wird es immer wieder Personen geben, die diesen Angeboten nicht widerstehen können.

Demnächst erscheint Ihr Buch «Der Staat im dritten Jahrtausend». Sie erwähnten einmal, das Werk sei eine Art Kochbuch mit politischen Rezepten, die Ihre Familie über Jahrhunderte gesammelt habe. Welches ist der wichtigste Grundsatz dieses uralten Familien- und Herrschaftswissens?

Wenn ich mir so die Familiengeschichte betrachte, haben meine Vorfahren immer in Generationen gedacht. Sie haben analysiert, welches die langfristigen Probleme sind, und versucht, dafür Lösungen zu finden. Dieses über Jahrhunderte entwickelte Langzeitbewusstsein prägt bis heute unsere Entscheidungen und unsere Politik.

Kleinstaaten wie die Schweiz und Liechtenstein gerieten in jüngster Zeit stark unter den Druck der Grossmächte. Haben sie überhaupt eine Zukunft?

Ja, das ist das Ergebnis meiner Untersuchung. Es sind die grossen zentralisierten Staaten, die im dritten Jahrtausend keine Zukunft haben und die vor dem Problem stehen, sich zu dezentralisieren und einer globalisierten Welt anzupassen, denn sonst brechen sie auseinander wie die Kolonialreiche, die Sowjetunion, Jugoslawien und andere. Früher konnten die grossen Staaten die unliebsame Konkurrenz der Kleinstaaten militärisch beseitigen, heute ist dies kaum mehr möglich, und deshalb versucht man es mit wirtschaftlichem und politischem Druck. Kleinstaaten werden sich aber auch in Zukunft in schwierigen Zeiten immer irgendwie durchwursteln und überleben.

Müssen kleine Staaten trickreicher sein, eine Art Experten im Schwindeln?

Zugespißt gesagt, ja. Schaut man sich die Geschichte an, so zeigt sich, dass in der Regel jene Kleinstaaten erfolgreich waren, die eine liberale Wirtschaftsordnung hatten. Sie haben Handel getrieben, kluge Köpfe angezogen und verfügten so über einen komparativen Vorteil gegenüber Grossstaaten.

Warum eigentlich funktioniert die politische Einigung Europas nicht?

Weil wir zu verschieden sind. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind ja auch nicht friedlich zustande gekommen: Es gab einen Befreiungskrieg und einen Bürgerkrieg. Ich hoffe nicht, dass dies in Europa passieren wird. Ich glaube auch, dass die Zeit gegen eine solche Einigung läuft. Sie bringt keine Vorteile. Solche Grossgebilde neigen zu protektionistischen Massnahmen, was in einer globalisierten Welt nur Nachteile bringt.

Die demokratische Staatsform gilt heute alternativlos als die beste, als ein nicht zu hinterfragendes Ziel der politischen Menschheitsentwicklung. Beobachten Sie auch Mängel der Demokratie?

Ja, eine Demokratie kann zur Diktatur der Mehrheit führen, bei der Minderheiten unterdrückt, versklavt oder gar ausgerottet werden. Fast alle Demokratien, mit Ausnahme der Schweiz und Liechtensteins, sind weitestgehend indirekte oder repräsentative Demokratien, und das ist eine sehr schwache Form der Demokratie. Ich bin ein überzeugter Anhänger der direkten Demokratie, und meiner Meinung nach braucht ein demokratisches Staatsmodell starke rechtsstaatliche Institutionen, um ein Abgleiten in eine Diktatur der Mehrheit zu verhindern.

Ihr Buch ist ein Plädoyer für Selbstbestimmung und lokale Autonomie. Das scheint erstaunlich für einen Regenten, dessen Schloss hoch über dem Volk thront.

Meine Vorschläge, wie man Staaten dezentralisiert, schliessen an Reformideen an, die Vorfahren von mir am Ende des 19. Jahrhunderts für das Habsburgerreich entwickelt haben, mit dem wir jahrhundertlang eng verbunden waren. Kaiser Franz Joseph, der Taufpate meines Vaters, hatte wohl nicht die Kraft oder den Willen, grundlegende Reformen durchzusetzen.

Ist deshalb die k. u. k. Monarchie untergegangen?

Ja, ich glaube, wenn man in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die k. u. k. Monarchie reformiert hätte, hätte sie möglicherweise überlebt. Franz Ferdinand, ein Onkel meines Vaters, hatte durchaus Sympathien für gewisse Reformbestrebungen, aber er wurde in Sarajevo ermordet. *Die Habsburger suchten die Allianz mit Deutschland. Ein Fehlentscheid?*

Die Neutralität wäre sicher besser gewesen. Meine Familie hatte sich stärker an England orientiert. Wir fanden Berlin zu jener Zeit nicht sehr sympathisch. Es gab immer wieder Hochs und Tiefs im Laufe unserer bilateralen Beziehungen. Wir waren ja Teil des ersten deutschen Reiches, des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Mit dem Zweiten Reich befinden wir uns immer noch im Kriegszustand.

Wie meinen Sie das?

Bei den Auseinandersetzungen zwischen den Habsburgern in Wien und den Hohenzollern in Berlin waren wir Verbündete der Habsburger. Nach der militärischen Niederlage der Habsburger und der Gründung des zweiten deutschen Reiches hatte der damalige Fürst den Friedensvertrag nicht unterschrieben. Das zweite Reich war untergegangen, bevor wir einen Friedensvertrag schliessen konnten. Das Dritte Reich hat uns mit dem Einmarsch gedroht, aber auch dieses angeblich «tausendjährige» Staatsgebilde ist schnell wieder von der Bildfläche verschwunden.

Kleinstaaten leben also länger?

Jedenfalls gibt es weltweit kaum einen Staat, der innerhalb seiner Grenzen so lange überlebt hat wie das Fürstentum Liechtenstein.

Wir schliessen aus Ihren Äusserungen, dass die Beziehungen zu Deutschland nach wie vor angespannt sind.

Die sind noch immer etwas getrübt, ja. Wir hatten in der Regel immer dann bilaterale Probleme, wenn die deutsche Regierung nach Berlin verlegt wurde.

Sie tönen in Ihrem Buch an, dass man als Staatsoberhaupt nicht wirklich glücklich werden könne. Was spricht denn dagegen?

Sagen wir es so: Wäre ich in eine andere Familie hineingeboren worden, wäre ich mit Sicherheit nicht in die Politik gegangen. Während meiner Gymnasialzeit wollte ich Geschichte, Archäologie oder Physik studieren. Mein Vater war der Meinung, dass ich ein Wirtschafts- und Rechtsstudium in St. Gallen zu absolvieren hätte, da das Fürstenhaus sich wirtschaftlich in einer schwierigen Situation befand.

Wie ist es Ihnen gelungen, die Familie vor dem wirtschaftlichen Ruin zu bewahren?

Im Jahr 1969, als ich 24 war, beendete ich mein Studium. Ich habe meiner Familie vorgeschlagen, dass wir jemand Externes holen. Doch das war nicht durchzusetzen. Man wollte keinem Fremden Einblick in die Finanzen geben. Bevor alles in Konkurs geht, dachte ich, springe ich eben selber ein. Gegen erhebliche Widerstände der Familie, aber auch von ausserhalb, begann ich Betriebe zu schliessen und Leute zu entlassen, konzentrierte mich auf jene Bereiche, die man sanieren konnte, andere wurden verkauft. Es war die klassische Knochenarbeit eines Sanierers. Anfang der siebziger Jahre begannen wir uns auf die LGT, unsere Hausbank, zu konzentrieren. Diese war während längerer Zeit das Hauptstandbein, neben dem grossen Grundbesitz in Österreich, den ich wieder in die Gewinnzone bringen konnte. Daneben konnte ich auch neue Geschäftszweige entwickeln. So haben wir in den USA ein Reissaatgut-Geschäft aufgebaut, das mittlerweile nach Südamerika und Asien expandiert.

Nach welchen Prinzipien haben Sie Ihre vier Kinder erzogen?

Meine Frau und ich waren von Anfang an der Meinung, dass wir unsere Kinder selbst erziehen. Wir haben unseren Kindern sehr früh erklärt, dass sie in eine privilegierte Position hineingeboren wurden, dass aber Privilegien auch Verpflichtungen bedeuten. Wir haben ihnen erklärt, dass sie aufgrund dieser privilegierten Position eine gewisse Vorbildfunktion haben für andere Menschen, sei es, was ihren privaten Lebensstil betrifft, oder später in ihrer beruflichen Karriere. Grossen Wert haben wir darauf gelegt, dass sie eine gute berufliche Ausbildung erhalten; denn selbst wenn man ein grösseres Vermögen erbt, muss jede Generation sich dieses Vermögen in unserer schnelllebigen Zeit ständig neu verdienen. Es kam hinzu, dass meine Frau ein Flüchtlingskind war, dessen Familie durch Nationalismus und Sozialismus in Osteuropa alles verloren hatte, und auch die Familie Liechtenstein hatte durch diese politischen Umwälzungen ungefähr neunzig Prozent des Vermögens verloren.

Ihr ältester Sohn Alois regiert seit 2004. Haben Sie die Zügel wirklich vollständig aus der Hand gegeben?

Ja, er muss jetzt entscheiden. Ich berate ihn, so wie er mich vorher beraten hat, als ich noch die Staatsgeschäfte geführt habe. Mein Vater hatte das auch schon mit mir gemacht und mir schon

während des Studiums Gesetzesvorlagen zum Lesen gegeben. Diese Zusammenarbeit über die Generationen hinweg hat Tradition und ist einer der grossen Vorteile einer Erbmonarchie.

Haben Sie im Laufe Ihrer Amtszeit Ideale verloren, die Sie früher hatten?

Als junger Mensch hatte ich die Hoffnung, dass der Staat die meisten Probleme lösen könne, und habe festgestellt, dass in den meisten Fällen der Staat das Problem ist.

Vermissen Sie die Freiheiten eines normalen Bürgers?

Nein, ich kann mich ohne Einschränkung frei bewegen. Auch meine Kinder konnten unbehelligt aufwachsen, sie gingen in die öffentliche Schule, ihre Freunde kamen zum Spielen zu Besuch ins Schloss. Wir haben ein ganz normales Familienleben.

Wie schaffen Sie es, dass Ihre Familie so wenig in der Boulevardpresse auftaucht?

Wir haben den Vorteil, dass wir in einem sehr kleinen Land wohnen. Ich kann mich aber erinnern, dass wir in den fünfziger und sechziger Jahren immer wieder in den Boulevardblättern aufgetaucht sind, weil man der Meinung war, man müsse ihnen Interviews geben, in der Hoffnung, sie würden positiv über Land und Familie berichten. Das war nicht der Fall, und wir haben unsere Politik geändert. Heute geben wir nur selten Interviews. Und wenn, dann lediglich so langweiligen Blättern wie der *Weltwoche*. (Lacht)

Wir nehmen das als Kompliment.

Ja, natürlich, es war auch so gemeint.

«Kaum ein Staat hat innerhalb seiner Grenzen so lange überlebt wie Liechtenstein.» Hans Adam II. von Liechtenstein: *Der Staat im dritten Jahrtausend*. Stämpfli (Schweiz); van Eck (Liechtenstein). 240 S., Fr. 49.80. Das Buch erscheint Ende Februar.

Weltwoche Nr. 6.10